

Statistikspielchen für das Volk

Tricksen - tarnen - täuschen

Haben Sie sich nicht auch schon manchmal gefragt, wenn sie hin und wieder ein gewisses Unbehagen bei den offiziellen Statistiken beschleicht, wo wir denn heute in unserer schnelllebigen Zeit tatsächlich - realwirtschaftlich gesehen - stehen? Mit legal zurechtfrisierten Statistiken und Meinungsumfragen (Infotainment) werden in der repräsentativen Demokratie Wahlen gewonnen ... oder auch verloren. Wen werden Sie gar als nächstes wählen? Wer ist der beste Kandidat, wer hat die beste Partei?

Wir wissen es nicht wirklich, aber wer weiß schon wirklich etwas. Gerne werden uns - fast schon gebetsmühlenartig - gut verpackte Statistiken von gewissenlosen **Volkverdümmern** ohne ethisches Rückgrat näher gebracht. Besonders, wenn es etwas brenzlicher wird, um die vorherrschende positive Stimmung der Öffentlichkeit, selbst die gewisser einfältiger Schmalpurökonomen, nicht zu stören. **Wenn Halbwahrheiten oft genug wiederholt werden, glauben wir es am Ende selber, dass wir es glauben!**

Auf den Punkt gebracht:

- die moderne Armut
- die großen **Täuscher der Öffentlichkeit** - dicke Bretter:
 - die Finanz-/Wirtschaftsminister
 - die deutschen Bundeskanzler
 - Notenbankchefs und Spitzenpolitiker
- Fundstück "**Hedonik**": statistische Preisbereinigung - ganz legal
 - Statistische Schönfärberei US-amerikanischer Wirtschaftsdaten
 - Anwendung im Statistischen Bundesamt und der EU
- Verschleierung der Medienmacht
- Eine Chance zur Veränderung

Die moderne Armut - das Verdummungsspiel mit den Zahlen

Die Mathematik und ihr oft missbrauchter Sprössling, die Statistiken, sind erst einmal völlig wertfrei. Die Sprache der Zahlen findet große Verwendung bei der Legitimation bestehender Verhältnisse. Darstellbar ist selbst das Gegenteil von



dem, was die Zahlen eigentlich abbilden sollen. Ein Musterbeispiel für die Realitätsverzerrungen in der Statistik sind die Preissteigerungsraten der 4 Personen-Haushalte: Diese bewegten sich - politisch korrekt ermittelt - bis Mitte 2007

Die meist legale Statistikfälschung beruht in der subjektiven Auswahl der Gegenstände, die gemessen werden sollen. Was gemessen oder was nicht gemessen wird entscheidet letztlich über deren Wahrheitsgehalt und Aussagekraft. Die unseriöse Statistik trifft naiv eine realitätsverzerrende Auswahl, die als objektives Ganzes verkauft wird. Und selbst die seriöse Statistik lebt nur von der ungewissen Hoffnung, dass ihre selektiven Merkmale für die Allgemeinheit repräsentativ sind. Dabei können die Zahlen durchaus korrekt sein, ja sind es oft auch.

so um die 2% pro Jahr. Welcher Einfaltspinsel würde denn allen Ernstes einer Bank oder Sparkasse noch sein sauer erspartes Geld (Spareinlage) für viele Jahre so knapp um die 0,5-1% Zinsen pro Jahr (Spareinlage) verleihen, wenn ihm seine **wahre individuelle Preissteigerungsrate** bewusst

würde, die real vermutlich deutlich über durchschnittlich 5-8% pro Jahr pendelt (schleichende

Geldentwertung, siehe die offiziell weggebügelte TEURO-Diskussion Anfang 2002)? Welcher Ein- bzw. Zweipersonen-Rentnerhaushalt hat schon seine **wahre Inflationsrate** errechnet, die durchschnittlich bei mehr als 8% pro Jahr liegen dürfte? **Und was haben bislang die Regierungen gegen diesen Missstand (Altersarmut) unternommen?** Fast jeder ist sich sicher, dass die **bewusste** Wahrnehmung dieser Nachrichten in der breiten Öffentlichkeit langfristig nicht nur beim Anleger zu Schwierigkeiten führen würde. Nur so richtig wahrhaben will es keine(r). Und wenn sie es erkennen, ist es meist zu spät. **Unser Geld- und Finanzsystem ist irreversibel krank.** Ein gesundes Geldmengenwachstum bedeutet, dass die Geldmenge analog dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ansteigt. In Deutschland lag die Steigerung des BIP in den letzten Jahren so um die 1-2% pro Jahr. Die Größenordnung der "wahren" Inflationshöhe im Euroraum ergibt sich - empirisch belegt - über folgende Faustformel:

"wahre" (reale) Inflation = Wachstum der Geldmenge M3 minus Wirtschaftswachstum

Erläuterungen zur nachstehenden Tabelle:

EWU = Europäische Währungsunion

Geldmenge M3 = die Summe allen Bargelds, aller Giro- und Sparkontenbeträge.

Wirtschaftswachstum: als Maßstab dient das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)**; es misst den Marktwert aller in einem bestimmten Zeitraum im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen.

Jahre	2004	2005	III/2006	IV/2006	I/2007	Links (Quellen):
nominales Wachstum der Euro-Geldmenge M3	6,5%	6,8%	8,2%	9,0%	10,1%	Monatsberichte Europäische Zentralbank (EZB)
Wachstum reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EWU, Veränderung ggü. Vj.	1,9%	1,4%	2,6%	3,5%	2,3%*)	Monatsberichte Deutsche Bundesbank
= die "wahre" Inflationsrate	4,4%	5,4%	~5,6%	~5,5%	~8,0%	

Die Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen, aktuelle Angaben sind *) **vorläufig**. Allgemeine Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank (EZB), Deutsche Bundesbank (Monatsbericht Mai 2007: Die Bundesregierung erwartet für das Jahr 2007 ein nominales BIP-Wachstum von 4%. Für das reale Wachstum wird ein Wert von 2,3% (1,4%) prognostiziert). Bruttoinlandsprodukt gemäß Revision Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) vom August 2006. Alle Angaben ohne Gewähr.

Da aber unsere Geldmenge (M3) - also die Summe allen Bargelds, aller Giro- und Sparkontenbeträge - zwischenzeitlich um die 7-11% jährlich anwächst (siehe Grafik und Tabelle), hatten / haben wir letztlich eine reale Geldentwertung („wahre“ Inflation) in der Europäischen Währungsunion (EWU) von 5-8% jährlich und nicht nur so von um die 2% wie in den letzten Jahren, wie uns die offizielle, politisch korrekt ermittelte Statistik weismachen will. In den USA sieht es nicht anders aus: Eine Geldmenge M3, die zwischen 1998 und 2002 sogar zweistellig (!) gewachsen ist. Ist es da ein Wunder, dass bei kontinuierlich steigender Geldmenge, allgemein betrachtet, zum Beispiel die Preise der Nahrungsmittel, der Gastronomie oder der Versorgungswerke wie bei Strom usw. systemimmanent kontinuierlich steigen? Und warum wird gegen die allgemeine Preistreiberie systemimmanent fast wirklich nichts unternommen? **Merke:**

Die Inflation begünstigt die Schuldner und die Schuldenmacher!

Das sind - politisch korrekt natürlich - zu aller erst die vollgepfropften Regierungsapparate und ihre Administrationen! Wer sich mit Statistiken beschäftigt, der zitiert auch früher oder später **Sir Winston Churchill: "Ich glaube nur an die Statistiken, die ich selbst gefälscht habe."** - Das Wissen um die Verlogenheit von Zahlen, mit denen man mühelos alles beweisen und widerlegen kann, ist zu Recht Allgemeingut. Doch bleibt auch gerade mit ihrer Hilfe die wahre wirtschaftliche Situation der Öffentlichkeit meist verborgen.

Schlüsse aus Statistiken - ein krasses Beispiel für „Erfolge sind messbar“.

In einem Lagerhaus gibt es zwei Lebensmittelsorten. Das sind zum einen Würstchen aus Schweinefleisch und zum anderen Hühnereier. 30% des Gesamtbestandes sind Eier. Nachts schleicht sich ein Hund in das Lagerhaus. Am nächsten Morgen beträgt der Anteil der Eier 50%. Und was ist nun die Schlussfolgerung eines Marktforschungsexperten? Hunde legen Eier ;-) ... so wunderbar kann man statistisch lügen.

Es gibt keine Straßenschilder, keine Karten, die uns aufzeigen, dass sich Amerika, Deutschland, Europa, ja fast die ganze westlich orientierte zivilisierte Welt seit Jahrzehnten auf dem Weg in den Ruin befinden, letztendlich sich nur noch im Schuldenstaat, im Schuldenturm bewegen. Aber woher wissen wir das? Und selbst wenn wir uns irren, welche Richtung wird der andere Weg nehmen und wann wird er zu Ende sein?

geschönte Prognosen für Millionen gesetzlich Rentenver(un)sicherter

Rund ein Jahr nach Versenden der ersten Rentenmitteilungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) reduzierte die BfA die Hochrechnungen der jährlichen Rentensteigerungen von bislang 3,5% (Variante 3) auf zunächst 2,5%. Besonders brisant: Über die letzten 10 Jahre lag die durchschnittliche Rentensteigerung nur bei rund 1% und ...

- 2004-2009 wird es so gut wie keine Anpassung der Renten geben (praktische Nullrunden, Nachhaltigkeitsfaktor).
- ab 2004 müssen Rentner ihre Beiträge zur Pflegeversicherung voll bezahlen, das heißt, die Rentner-Nettoeinkommen sinken.

Der ganz legale gesetzliche Betrug - aber vielleicht ist morgen schon wieder alles anders ... Und wie viel Pensionen bekommen die Verantwortlichen des Desasters, die Spitzenpolitiker und ihre willfährigen Helfershelfer im Alter? Was meinen Sie, wer hat die Zusammenbrüche zweier deutscher Staaten, nämlich 1918 des Kaiserreichs und 1948 (Währungsreform) des Deutschen Reiches mehr oder weniger versorgungsmäßig unbeschadet überstanden? Neben Löhnen und Gehältern wurden die Pensionen der politischen Vertreter und der jeweiligen Staatsbedienstetengeneration ("§ 18 Umstellungsgesetz 1948", Währungsreform) im Verhältnis 1:1 umgestellt: 1 Reichsmark (RM) = 1 Deutsche Mark (DM), während die Geldvermögensbesitzer mit ihren **mündelsicheren** Geldanlagen (Staatspapiere, Lebensversicherungsscheine usw.) sogar bis zu 93,5% ihres erarbeiteten Vermögens verloren (Umtausch letztendlich 10 RM : 0,65 DM). "Selbstständig denken ist eine Zier, besser fährst Du **am Ende** ohne ihr (= Papieranlagen)".

Öffentlichen Nachrichten und Statistiken sollten wir uns nähern, so wie Sie sich einem betrunkenen Experte nähern, der unverhofft in eine Hochzeitsfeier einschleicht, skeptisch und so selten wie möglich.

Ereignisse scheinen gewissen Mustern zu folgen. Aber Muster sind bekanntlich schwer zu erkennen und vor allem dann, wenn man selbst mittendrin steckt. Wir denken viel nach ... aber es gibt soviel, worüber wir nachdenken müssten ... und wir haben doch so wenig Zeit. Deshalb folgen wir statistisch einfach nachvollziehbaren Regeln: Wir kaufen generell in Selbstzufriedenheit Aktien, wenn sie besonders teuer sind (so wie jetzt: hohes **Kurs-Gewinn-Ver-**

hältnis = KGV) und verkaufen sie vorzugsweise, wenn sie richtig billig sind, wir kaufen bedenkenlos **kostenüberladene** Finanzprodukte, massenhaft Verliererfonds, Zertifikate, ... von Verpackungskünstlern auf Hochglanzpapier, deren Finanzkonstruktionen vermutlich nur die wenigsten Experten wirklich verstehen und auch nur, weil deren Hochglanzprospekte uns gefallen, wir kaufen überbewertete (Schrott-) Immobilien, die wir vor dem Kauf nicht einmal gesehen haben, wir kaufen tolle Autos, um Nachbarn zu imponieren, die wir nicht wirklich mögen, wir kaufen Produkte, die wir nicht wirklich brauchen (Konsumterror), finanziert mit Geld, das wir nicht haben. Wir kaufen Staatsanleihen, Staatsschulden mithin, die praktisch noch nie ein Staat **am Ende** wirklich voll zurückgezahlt hat: deutsche Staatsanleihen, die bereits seit 1965 (!) kontinuierlich gegen neue

ausgetauscht werden usw. und so fort. **Anleger in Papier (-geld) und Anleihen, vorzugsweise in mündelsichere Staatsanleihen haben historisch gesehen regelmäßig fast alles verloren!** Man will *Papier* besitzen und wird besessen. Wie lange soll das gut gehen?

Die jahrzehntelange Überschätzung staatlicher Bonität und mündelsicherer Staatspapiere (Geldanlagen) wird im wirtschaftlichen Niedergang - nicht nur Deutschlands - große Enttäuschung hervorrufen und vor allem den Mittelstand, Arbeitnehmer, Rentner und Sparer treffen, vor allen Dingen deshalb, weil diese ihr Geldvermögen unbeirrt lemminghaft in Staatspapiere (Schuldgeld) anlegen und der Bonität des Staates blind vertrauen. Selbst des Deutschen kostbarste Altersvorsorge, seine Kapitallebensversicherung und seine private Rentenversicherung (jetzt provisionsträchtig im vermeintlichen Königsweg der betrieblichen Altersvorsorge verpackt ... Pensionskasse, Direktlebensversicherung, Rürup- oder Rister-Rente) erwirbt für durchschnittlich mehr als 40% der Versicherungsprämien Staatsanleihen (Schuldgeld). Dies ist an und für sich unbegreiflich, weil bisher jede Generation in Deutschland mit mündelsicheren Staatspapieren (Geldpapiere) legal betrogen wurde und den größten Teil ihres Geldvermögens verloren hat (Hyperinflation 1923, Währungsreform 1948). Und warum ist es noch immer möglich, dass die Bevölkerung all dies nicht so richtig glauben (\approx nicht wissen) mag?

Die großen Täuscher der Öffentlichkeit - dicke Bretter

Es ist wirklich an der Zeit, Klartext zu reden. Die Fragen der Staatsverschuldung ("Minuswachstum") und der Arbeitslosigkeit ("Plusschrumpfung") sind mit die brennendsten sozialen Themen. Das offizielle Gesäusel skrupelloser Schuldenmacher und Schuldenverwalter können wir uns nicht mehr leisten. Warum bilanziert der Staat eigentlich nicht? Würde er bilanzieren, wäre seine Insolvenz unschwer erkennbar (Staatsschulden plus Pensions- plus Rentenverpflichtungen \approx insgesamt 7.200 Milliarden Euro = € 7,2 Billionen ungedeckte Zahlungsverprechen, Berichtsstand 2006); **eine Entschuldung des Staates per se durch Inflation ist unmöglich geworden!!!**

Es gibt Staubsaugervertreter, die verkaufen Staubsauger. Es gibt Versicherungsvertreter, die verkaufen Versicherungen. Und dann gibt es noch die Volksvertreter, die verkaufen ...

a) Die Finanz- und Wirtschaftsminister ... und die kreative Buchführung

Seit Jahrzehnten versuchen "Heile-Weltpropheten" die tatsächliche volkswirtschaftliche Situation herunterzuspielen. In Wahrheit ist das Ausmaß schlimmer als allgemein angenommen. Der Bund der Steuerzahler kritisiert, dass die Präsentation der Schätzergebnisse der öffentlichen Finanzen gebetsmühlenartig dazu genutzt wird, uns Steuerzahlern weiszumachen, die öffentlichen Kassen seien leer. Doch die Kassen sind nicht leer, denn die Steuereinnahmen bewegen sich auf Rekordhöhen. **Der Staat hat nicht zu geringe Einnahmen, nein, seine Vertreter geben seit Jahrzehnten zu viel aus!** Das Haushaltsdefizit gerät zunehmend außer Kontrolle und die Geldentwertung steigt unentwegt. Es hat keinen Zweck, Systemreformen zu fordern bei einem Führungspersonal - egal welcher Couleur - das mit seinem Latein am Ende ist.

Wenn es um die Bereinigung der Staatshaushaltsdefizite geht, gibt es seit Jahrzehnten zwei Einschätzungen. Auf der einen Seite sind die Neokonservativen (Keynesianer, Deficit spending), die sagen, dass "Defizite egal sind". Auf der anderen Seite sind die Neokonservativen, die sagen, dass sofort die Steuern und Abgaben erhöht werden müssten, um den Haushalt auszugleichen. Steuern und Abgaben weiter erhöhen? Nun, ja ... warum sollte man darauf warten, dass die Weltkonjunktur die eigene Wirtschaft zum Zusammenbruch bringt, wenn man das selbst erledigen kann? Es ist schwer zu entscheiden, wen man zuerst auslachen soll.

Spare in der Not, dann bist du wirtschaftlich [irgendwann] tot.

Stimmt es, dass Defizite egal sind? Na ja, zumindest solange sie den Gläubigern egal sind. Und dass das so bleibt, dafür brauchen wir politisch korrekte Statistiken. Ein Mensch und natürlich erst recht ein Staat kann so viele Schulden anhäufen wie er will, wenn das den Gläubigern egal ist. Das ist solange egal bis es ihnen nicht mehr egal ist. Solange sich eine Nation immer weiter verschulden kann, ist es dem Dummkopf egal. Das ist ein bisschen so wie der Sprung von einer Brücke ... das kann ganz schön berauschend sein ... bis zum Schluss ... wenn die Gläubiger plötzlich ihr Geld zurückhaben wollen ... oder kein neues Geld mehr leihen wollen oder können, zum Beispiel bei zu hohen Steuern und Abgaben ... das ist dann so, als ob der von der Brücke springende Schuldner schlagartig die eiskalte, harte Wassertoberfläche erreicht. Und dann gehen sprichwörtlich gesehen die Lichter aus. Die kleinen und großen Lichter, die Sparer in (mündelsichere) Staatsanleihen hätten es besser wissen sollen. So oder so gehen die Lichter aus. Sie sollten Kerzen kaufen!

Vergessener Amtseid

Erst die Partei und dann das Land. Nach diesem Grundsatz wird in Deutschland nicht nur erst in diesen Jahren regiert was das Zeug hält. Der Machterhalt ist wichtiger als die Verpflichtung eines Amtseides, alle Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und SCHADEN VON IHM ABZUWENDEN.

Sie alle heben die Hand zum Schwure:

Grundgesetz Artikel 64 [Ernennung und Entlassung der Bundesminister - Amtseid]

(2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid.

Grundgesetz Artikel 56 [Amtseid]

Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den ... Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates folgenden Eid: "Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, *seinen Nutzen mehr*, *Schaden von ihm wenden*, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde ...".

Haben Politiker eigentlich begriffen, dass sie mit dem Amtseid, den sie leisten, auch Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft tragen? Noch nie wurden öffentliche Schulden wirklich getilgt, es wurde immer nur umgeschuldet, um die Zinsen für Altschulden zu bezahlen. Die gefährliche Eigendynamik des Schuldenmachens hat jeglichen konjunkturstützenden Effekt verloren: **Seit 1968 ist das dt. Bruttoinlandsprodukt auf das 7fache gestiegen, die Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte aber fast um das 20fache, auf jetzt über 1,5 Billionen Euro (Juni**

Wirtschaftsdaten

Entwicklung offiziell registrierter Arbeitsloser in Deutschland

Jahresdurchschnitt in den alten Bundesländern, ab 1991 in Gesamt-Deutschland

Jahr	Arbeitslose [in Mio.]	Anteil	Wer regierte im Bund?
1969	0,18	0,9%	SPD+FDP
1972	0,25	1,1%	SPD+FDP
1979	0,88	3,8%	SPD+FDP
1982	1,83	7,5%	SPD+FDP
1983	2,25	9,1%	CDU/CSU+FDP
1985	2,30	9,3%	CDU/CSU+FDP
1990	1,88	7,2%	CDU/CSU+FDP
1998	4,28	12,3%	CDU/CSU+FDP
1999	4,10	11,7%	SPD+Grüne
2000	3,89	10,4%	SPD+Grüne
2002	4,08	10,8%	SPD+Grüne
2003	4,38	11,6%	SPD+Grüne
in 02/2004 wurde die Arbeitslosenstatistik auf EU-Standard umgestellt. Auf dem Papier sollte die Arbeitslosenzahl sinken ...			
2004	4,38	10,5%	SPD+Grüne
2/05	5,22	14,0%	SPD+Grüne
2005	4,86*)	11,7%	SPD+Grüne
9/06	4,24	10,1%	SPD+CDU/CSU
2006	4,49	10,8%	Zwangscoalition d. Wahlverlierer
4/07	3,97**)	9,5%	SPD+Union **)

*) Änderung der Statistik

Quelle: Statistisches Bundesamt

**) Hochrangige Politfunktionäre berichten mit strahlenden Gesichtern in den Medien über angeblich gesunkene Arbeitslosenzahlen (April 2007: 3,966 Mio.), während die Bundesagentur für Arbeit in ihrem Monatsbericht April 2007 insgesamt rund 8,3 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld (ALG) I, ALG II (5,194 Mio. Menschen) und Sozialgeld aufführt!

Hinweis: ALG II bekommt man, wenn das ALG I ausgelaufen ist. Das Sozialgeld hieß vor den » Hartz-Reformen « Sozialhilfe.

2006). Gesegnet sei die Jugend, denn sie wird die Staatsverschuldung erben. Klartext: Wer als Bundeskanzler oder Minister das wirtschaftliche Gleichgewicht außer Acht lässt, hat bislang keinerlei Einbußen zu befürchten: Haftung für die weitere Destabilisierung ausgeschlossen!

b) Die deutschen Bundeskanzler ... und die schöngefärbten Arbeitslosenzahlen

Seit mehr als 30 Jahren herrscht Massenarbeitslosigkeit und die Gesellschaft ist nicht bereit, diese zu akzeptieren. Die Lösung wird für Regierungen zur zentralen politischen Überlebensfrage.

Ist es da ein Wunder, dass nach Angaben von Arbeitsmarkt-Experten die monatliche Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) die reale Lage am Arbeitsmarkt nur näherungsweise abbildet?

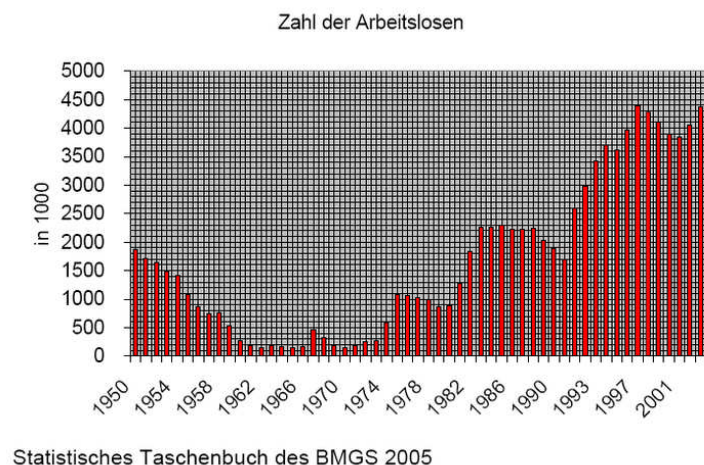
So lenken zahlreiche Diskussionen mit der Behauptung, dass es zu wenig Arbeit gebe und die vorhandene Arbeit nur unter die Arbeitswilligen umverteilt werden müsse, von der eigentlichen Situation ab. **Die „Große Koalition“ in den Parlamenten gibt es schon lange – die Koalition der Ratlosen, der Sprücheklopfer.**

Politiker wollen wiedergewählt werden, koste es was es wolle. Es gilt das gebrochene Wort.

Der Arbeitsmarkt kennt, wie jeder Markt, sowohl eine Angebots- als auch eine Nachfrageseite. Auf der Arbeitgeberseite finden wir heute keinesfalls weniger, sondern weitaus mehr Arbeitsplätze als noch vor 30 Jahren. 1972 gab es in den alten Bundesländern rund 26 Mio. Erwerbspersonen, im Jahre 1992 waren es etwa 3 Mio. mehr, nämlich 29 Millionen. Aber während 1972 jedenfalls nur 246 000 (!) Personen im Jahresdurchschnitt arbeitslos waren, verzweifelte sich diese Zahl bis 1992 auf ca. 3 Millionen. Es gibt weit mehr Arbeitssuchende, die neu auf den offiziellen Arbeitsmarkt drängen, als es neugeschaffene Arbeitsplätze gibt. Das setzt die Politiker gehörig unter Rechtfertigungsdruck. Im politischen Wettbewerb gibt es deshalb viele Versprechen:

Im Blindflug unterwegs – Nachwehen bleiben

Können wir es uns wirklich leisten, wegzuschauen oder wegzuhören, wenn uns Spitzenpolitiker – von welcher Partei auch immer – etwas sehr wichtiges fest versprechen? Versprochen, gebrochen.

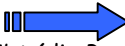


Beispiele für die moralische Führung unserer dt. politischen Elite:

- Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) beschwor die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung

Kanzler Schmidt (SPD) bekräftigte 1976: "... Aufgabe der Bundesregierung ... ist die Arbeit zur ... Sicherung der Vollbeschäftigung". Als Schmidt 1982 abgetreten wurde, gab es trotz der "Arbeit" der Regierung 1,8 Mio. Arbeitslose, fast doppelt so viele wie 1976.

- Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) versprach die Halbierung der Massenarbeitslosigkeit

Bundeskanzler Kohl (CDU) in seiner kühnen Regierungserklärung 1982: "Aufgabe Nummer eins ist die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit". Als Kohl sich dieser brachialen Aufgabe stellte, gab es 2,2 Mio. Arbeitslose. Nachdem bis 1996 jedoch die Arbeitslosigkeit auf 3,97 Mio. gestiegen war, verkündete er vor Arbeitgeberverbänden und DGB, dass es möglich sei, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 zu halbieren. Als er dann 1998 nach 16jährigem heldenhaften Kampf zur »Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit« abgedankt wurde, gab es noch mehr Arbeitslose: 2,9 Mio. in Westdeutschland, 4,28 Millionen in Gesamt-Deutschland. Kohl war am Ende.  **Amtseid** (lakonisch und überspitzt): "... und wenn mir jemand Schwarzgeld für einen Dritten gibt (die Partei?), werde ich ihn nicht verpfeifen, so wahr mir Gott helfe." Für Kohl und seine Helfer (?) war in Bezug auf die Rolle in der CDU-Spendenaffäre die Partei wohl wichtiger als das Land ...

- Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wollte die Zahl der Arbeitslosen drastisch senken

» Am 26. Juli **1998** erklärt der SPD-Kanzlerkandidat Schröder zum Thema Arbeitslosigkeit bei einem Wahlkampfauftritt in Nürnberg: "Wenn es uns nicht gelingt, in den ersten Jahren einen Durchbruch zu erzielen, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren."
» Er, der 1998 vollmundig posante: "Die Aktienkurse steigen, weil ich Bundeskanzler werde!"
» Bei seinem **Amtsantritt am 10.11.1998** setzt er sich in seiner Regierungserklärung bescheidenere Ziele: "Wir wollen uns jederzeit - nicht erst in vier Jahren - daran messen lassen, in welchem Maße wir zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen".
» Am 5. März **2001** nennt Schröder in einem ZDF-Interview die Zahl von **drei (!)** Mio. Arbeitslosen bis zur Wahl im Herbst 2002: "Das scheint nach alledem, was man hört aus der Bundesanstalt für Arbeit, aus der Wissenschaft, erreichbar zu sein." Alles in allem ein schönes Beispiel für das unglaublich "detaillierte" Fachwissen unserer Volksvertreter oder wie wir wissentlich verarscht werden.
» Am 6. März **2001** spricht Schröder von einem Missverständnis. Selbst einem "alten Zirkusgaul in der Manege", wie er einer sei, könne schon einmal so etwas Holpriges passieren. Nach der Interviewpanne verständigte man sich im Kanzleramt auf die Erklärung, es bleibe bei der anvisierten Zahl von 3,5 Mio. Arbeitslosen - **die Zahl von 3 Mio. sei bis 2005 erreichbar**. Na ja, macht nichts. 2002 gab es nicht 3,5 sondern 4 Mio. Arbeitslose. Man kann ja auch als Bundeskanzler nicht alles wissen, oder - gutwillig gedacht - nicht alles preisgeben wollen.

- die Hartz-Kommission versprach die **HALBIERUNG** der Arbeitslosigkeit

Im Bewusstsein ihres Scheiterns setzte die Bundesregierung 2002 die 15köpfige Hartz-Kommission ein, benannt nach ihrem Vorsitzenden, dem damaligen VW-Vorstand und IG Metall-Mitglied Peter Hartz. Die Kommission stellte die Ineffizienz der Arbeitslosenverwaltung in ihren Mittelpunkt. Sie verkündete im August 2002, dass die Arbeitslosigkeit bis Ende 2005 halbiert werden könne, wenn die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen planmäßig umgesetzt würden ...

- auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen

» Am 22.11.**2005** sagte Merkel in einem Interview mit dem ARD-Hauptstadtstudio, es sei für die Zufriedenheit der Menschen in Deutschland "ein ganz wichtiger Punkt", ob es der Regierung gelinge, "dass wir wieder mehr Menschen haben, die Arbeitsplätze haben". In einem weiteren Interview mit dem ZDF wollte sich die über allen Niederungen der regierenden Verantwortungslosigkeit, allseits geschätzte und beliebte Kanzlerin nicht auf konkrete Zahlen festlegen. An der Beliebtheitskurve liegt es wohl nicht, was Merkel bis jetzt diesem Land gebracht hat: Schrumpffrente, höhere Abgaben, höhere Steuern, höhere Preise und weniger Freiheit. Dessen ungeachtet plädiert sie unbeirrt für mehr Einsätze der Bundeswehr, im Ausland wie im Inland.

Alle Hoffnungen zerplatzten wie Seifenblasen. Obwohl **alle** führenden Parteien bisher kläglich versagt haben, beschuldigen sie sich gegenseitig. Es geht um Macht und die Frage, ob Politik überhaupt etwas bewirken kann. Jeder wirft dem anderen vor, dass die jeweils falsche Politik der anderen Partei schuld sei und diese nur nicht die richtige Politik machen wolle, obwohl sie keiner bisher entdeckt hat. Derweil wird in den letzten Monaten des alten Systems unter konkurlosen, staatlich alimentierten Parteioberfunktionären der Überwachungsstaat zügig ausgebaut ... und das nicht nur bei uns ... **alles wird gut (AWG)**.

Wir haben eine **Massenarbeitslosigkeit in zwei Formen. Einmal die offizielle** (sozialversicherungspflichtig gemeldete Arbeiter und Angestellte bei der Bundesagentur für Arbeit, kurz BA) **und zum anderen die versteckte**, die „offizielle im weiteren Sinne“ (Teilnehmer an Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik): arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger (früher beim Sozialamt, heute bei der BA), geringfügig Beschäftigte und arbeitslose Selbstständige, die in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst werden. Grundlage der "neuen" Statistik seit dem Jahr 2003/2004 ist das Bemühen um eine EU-weit angepasste Statistik, wie es offiziell heißt. Mit Umstellung der Arbeitslosenstatistik auf EU-Standard konnte sich das polierte Ergebnis des Jahres 2004 sehen lassen:

- **207 540 Teilnehmer an beruflicher Fort- und Weiterbildung sowie Umschulung** galten als nicht mehr arbeitslos.
- Eine Gesetzesänderung (§ 16 SGB III) sorgte in der Arbeitslosenstatistik kurzerhand für rund 81.000 (Jahresdurchschnitt 2003) registrierte Erwerbslose weniger. So werden seit Januar 2004 die Teilnehmer an so genannten Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen nicht mehr mitgezählt.
- Dasselbe galt für die Menschen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die Personen, die mit Strukturanpassungsmaßnahmen der BA gefördert werden.
- Auch die erwerbslosen Zeitarbeiter, die bei einer der neuen Personal-Service-Agenturen auf Vermittlung in einen dauerhaften Job warteten, flogen aus der Statistik.
- Hinzu kamen die Auswirkungen der **"Daumenschrauben-Offensive" der Arbeitsämter**. Sie hatte 2003 bis zu 1,3 Mio. Arbeitslose aus der Statistik gedrängt, weil sich diese gemäß den neuen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichend intensiv um einen neuen Job bemühten.
- und so weiter und so weiter und so fort ...

Bundesagentur für Arbeit (BA): 1,3 Mio. Arbeitslose im Jahr 2004 spurlos verschwunden:

Nach Angaben von M. Künkler, Sprecher der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, sind seit Jahresbeginn 2004 rund **826.000 Erwerbslose** aus der offiziellen Zählung herausgefallen, weil sie ihr Arbeitsgesuch nicht nach drei Monaten erneuert haben. Weitere **476.000 Arbeitssuchende** würden nicht mehr in der Statistik geführt, weil sie angeblich nicht aktiv einen neuen Job suchten oder dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung ständen. Eine Sprecherin der BA bestätigte die Zahlen.

Bereinigen wir jedoch die Daten durch die "Bereinigung", so kommt das wahre Ausmaß der Katastrophe heraus: Über 8 (!) Millionen Arbeitslose in Deutschland

Unabhängigen Schätzungen zufolge liegt die Zahl der tatsächlich von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in Deutschland bei über 8 Millionen (Jahr 2007), **einige Veröffentlichungen sprechen sogar von 9-10 Millionen** statt der - gemäß offizieller Statistik - 3,97 Mio. **Arbeitslosen** (Stand April 2007). Bereits am 08.07.2004 zeigte die »Wirtschaftswoche« Nr. 29/2004, dass im Gegensatz zu den Schönrechnereien die wahre Arbeitslosigkeit bei 8,643 Millionen Arbeitslo-

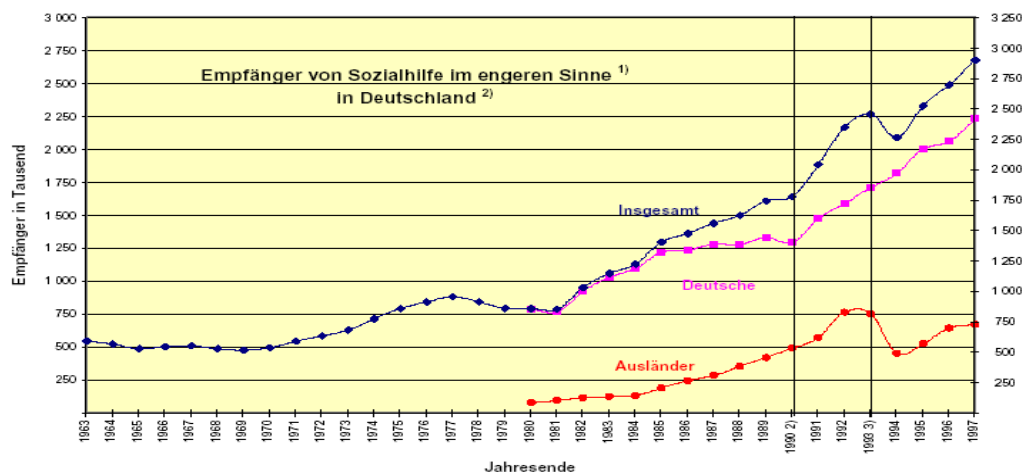
sen lag, also doppelt so viele Menschen in Deutschland tatsächlich ohne Job waren wie die damalige offizielle Zahl:

Offiziell als arbeitslos gemeldet	4.233.000 (= 10,2% der Erwerbstätigen)
Arbeitslose in Maßnahmen ¹ der Bundesagentur für Arbeit (BA)	868.000
Arbeitslose in Maßnahmen der Kommunen	390.000
Arbeitslose im Vorruhestand	1.077.000
Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen)	75.000
Stille Reserve ²	<u>2.000.000</u>
Wahre Arbeitslosigkeit im Jahr 2004	8.643.000 (= 18,8% der Erwerbstätigen)

(Quellen: Wirtschaftswoche 29/2004 vom 08.07.2004, öffentlich zugängliche Daten und Schätzwerte der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit, des Sachverständigenrates, des Deutschen Städtetages sowie namhafter Wirtschaftsforschungsinstitute, Stiftung Marktwirtschaft).

Erstmals im April 2005 räumte der Chef der Bundesagentur für Arbeit (BA) ein, dass die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland weit höher lag als bekannt. »Ich hatte nicht den Mut, an dem eingeübten Ritual etwas zu ändern und 6,5 Millionen zu nennen«, sagte BA-Chef Weise vor Journalisten in Berlin. »Es sind weitere Arbeitslose in Maßnahmen und weitere, die sich gar nicht mehr bei uns melden«, fügte er hinzu.

Aber selbst mit den legal geschönten Statistiken wird nach 7 Jahrzehnten eine historische Höchstmarke (!) für Deutschland erreicht. Mindestens 15% der deutschen Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze während gewisse überbezahlte Vorstände und Bundes- / Landes-Parlamentarier, die ihre Einkünfte regelmäßig selbst erhöhen (Diät für das Volk, Diäten für seine Vertreter), das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Herrschenden weiter schüren.



- 1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.
- 2) Bis einschl. 1990 Früheres Bundesgebiet, ab 1991: Deutschland.
- 3) Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993.

Aus der Grafik geht hervor, dass es im Jahre 1970 in Westdeutschland so eine halbe Million Sozialhilfeempfänger (im engeren Sinne) gab. 1995 (Gesamtdeutschland), also 25 Jahre später waren es schon 2,5 Mio. Sozialhilfeempfänger. **Da die Differenz von 2 Mio. sicher nicht arbeitsunfähig ist, hatten wir im Mai 2004 real 7,8 Mio. Arbeitslose** (4,5 Mio. offizielle + 1,3 Mio.

Auf die Plätze ...
fertig ... arbeitslos!

¹ Berufliche Weiterbildung (Vollzeit), Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Deutsch-Sprachlehrgänge, Empfänger von Eingliederungszuschüssen, Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen, Ich-AGs, Personal-Service-Agenturen, Empfänger von Überbrückungsgeld.
² Das sind jene Menschen, die arbeiten wollen, die Suche nach einem Job gleichwohl aufgegeben haben oder sich erst gar nicht arbeitslos gemeldet hatten

aus der "Daumenschrauben-Offensive" + 2 Mill. aus der Sozialhilfedifferenz) **anstatt 4,5 Mio. offiziell erfasste Arbeitslose**. Die 2 Mio. Arbeitslose sind nur aus der Statistik heraus gefallen, da sie kein Arbeitslosengeld (mehr) beziehen. **Und wie war das 1933? Damals hatten wir offiziell 6 Mio. Menschen ohne Arbeit, verarmtes Deutschland - nichts dazugelernt!**

Weitere Verzerrungen der Statistik entstehen durch die verdeckte Nichtarbeitslosigkeit von zwar arbeitslos gemeldeten, aber nicht zur Arbeitsaufnahme bereiten Personen. Unberücksichtigt bleiben bei der Bundesagentur auch diejenigen, die wegen der schwierigen Arbeitsmarktlage ihre Jobsuche "verschoben" haben. Diese Menschen wollen zwar arbeiten, haben aber die Suche

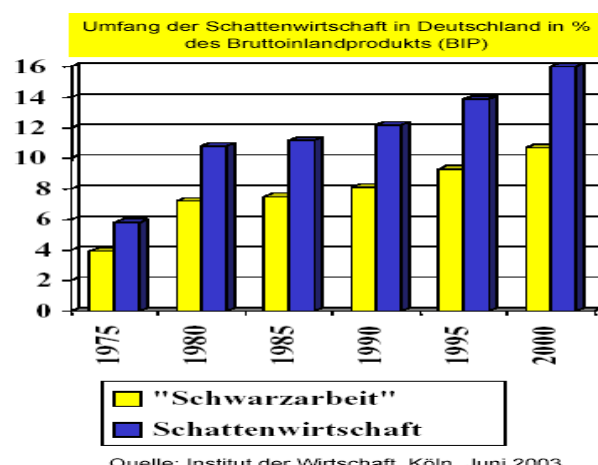
Man muss die Tatsachen kennen, ehe man sie verdrehen kann (Mark Twain, amerikanischer Schriftsteller 1835-1910).

nach einer Stelle aufgegeben oder sich erst gar nicht arbeitslos gemeldet. Allein diese "stille Reserve" wird auf weitere 2 Mio. Personen geschätzt, so die Wirtschaftswoche am 7.7.04. Spätestens mit Einführung des Arbeitslosengeldes II Anfang 2005 wurden unabhängigen Schätzungen zufolge weitere

750.000 Arbeitslose weniger erfasst als bisher.

Beispiel: Im September 2006 lag die *offizielle* Arbeitslosenzahl bei 4.237.835. Aber wie bitte erklären Sie sich dann, dass im September 2006 - ebenfalls laut Bundesagentur für Arbeit - 5.173.283 Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld II beziehen? Also eine Differenz von fast einer Million Betroffener. Dies sollte doch an und für sich Anlass zum Nachdenken geben. Oder waren hier einige Rechenkünstler am Werk, um die Arbeitslosenzahlen politisch korrekt sinken zu lassen? Der Weg für weitere Schönrechnerei ist vorgezeichnet. Der Steuerbürger zahlt, die Agentur schweigt und Spitzenpolitiker lobhudeln in die Kameras.

Zudem gibt es aber auch Menschen, die zwar einen Arbeitsplatz haben, bei dem sie aber viel unproduktives, ja sinnloses Zeug zu tun haben. Es gibt zu viele Bürohengste, die völlig unqualifiziert sind. In der deutschen Arbeitslosenstatistik wird beispielsweise nur erfasst, wer keine Arbeit hat und eine versicherungspflichtige Arbeitsstelle sucht, dem Arbeitsmarkt uneingeschränkt zur Verfügung steht, keine Altersrente bezieht und unter 65 Jahre ist. Nicht gezählt wird, wer sich krank meldet. Bundesregierung und Arbeitsagentur arbeiten bereits erkennbar an den rechtlichen Vorgaben, wohl demnächst gänzlich auf die **Statistikrichtlinien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)** umzusteigen. Dort gilt: **eine Stunde Arbeit pro Woche und schon fällt man aus der Arbeitslosenstatistik**. Ist das nicht zu schön für die Verantwortlichen? Wirtschaftlich »erfolgreichere Staaten« wie die USA arbeiten längst nach dem international anerkannten **ILO-Prinzip** und können beachtlich niedrige, offiziell politisch korrekte Arbeitslosenquoten vorweisen.



Unterdessen gibt es in Deutschland eine **Schattenwirtschaft** (steuer-, abgaben- und regulierungsfreie Beschäftigung), eine Gegenbewegung, die alle Rekorde bricht: Der **vermeintliche** Schaden, den Statistiker für die Sozialversicherungen, Steuerbehörden und die Bundesagentur für Arbeit beklagen, ist gewaltig. Friedrich Schneider, Schwarzarbeitsforscher der Uni Linz beziffert diesen für das Jahr 2004 auf mehr als 370 Milliarden Euro, das entspräche nahezu 17% unseres Bruttoinlandsprodukts. Manche schätzen sogar, dass es **bis zu 9 Millionen Menschen in der Schat-**

tenwirtschaft gibt. So herrscht in der freien Schattenwirtschaft Vollbeschäftigung und in der regulierten offiziellen Wirtschaft Massenarbeitslosigkeit ... verdrehte Welt.

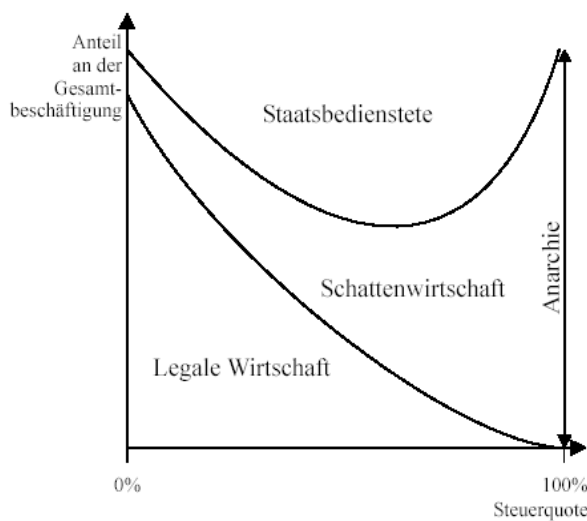
Da die Preise und die Kosten in der Schattenwirtschaft im allgemeinen aber niedriger sind als im regulären Bereich, **wirkt die Schattenwirtschaft - oh Wunder - preisniveausenkend.**

Preisvergleich zwischen Schattenwirtschaft und offizieller Wirtschaft			
Tätigkeit	Stadt / Region	Schwarzarbeiterpreis in €	Regulärer Preis in €
Maler (60 Minuten)	Berlin	10-17	42
	München	9-15	
	Rhein / Ruhr	10-12	
Mechaniker (60 Minuten)	Hamburg	13-23	58
	Berlin	15-19	
	München	15-23	
Kosten eines Umzugs	Berlin	300-380	1.800
	München	400-450	
	Rhein / Ruhr	350-420	

Quelle: Repräsentativumfrage des Instituts für die Wirtschaft (IdW), Köln im April 2001

97,3 % aller Statistiken sind frei erfunden!

Dies gilt als Indiz, dass verführbare PolitikerInnen, mächtige Interessensverbände und Lobbyisten an den Präferenzen der Bürger seit Jahrzehnten gänzlich vorbeiregulieren. Daher darf es nicht verwundern, dass es mit dem ökonomische Sachverstand in der Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik nicht weit her ist und dieser folglich in den Regierungs- und Medienzentralen regelmäßig auf der Strecke bleibt.



Wenn aber die Steuern, Abgaben und Gebühren mit regelmäßiger Wiederkehr erhöht werden und mit der steigenden Geldmenge inflationär die Preise für Waren und Dienstleistungen zwangsläufig steigen, haben die Bürger / Kunden / Käufer immer weniger in der Tasche, immer weniger Kaufkraft. Letztlich boomt damit nur die Schwarzarbeit. Bringt man beispielsweise die Staatsquote mit der volkswirtschaftlichen Gesamtbeschäftigung in Beziehung, so erhält man die Fortsetzung der Laffer-Kurve, die P.M. Gutman vorgeschlagen hat. Und so kommt man zwangsläufig zur Frage, welche Einflüsse die Steuersätze auf den Arbeitsmarkt haben:

Ohne Erhebung von Steuern (Steuerquote = 0%) nähme der Staat zwar kein Geld ein, aber es herrschte eine viel höhere Beschäftigung in der Privatwirtschaft, denn ohne Einnahmen kann der Staat ja keine Bediensteten bezahlen. Je höher die Staatsquote nun steigt, desto größer wird der Anteil der Staatsbediensteten. Aber nur bis zu dem Punkt, an dem die Staatseinnahmen infolge von Steuererhöhungen wieder zurückgehen und der Staat seine Personaldecke wieder reduzieren muss. Gleichzeitig sinkt aber der Anteil der legal, der offiziell Beschäftigten, denn legale Beschäftigung lohnt sich bei wachsendem Steuersatz immer weniger. **Nur weil die Steuern hoch sind, hören die Menschen nicht auf zu arbeiten, sie hören nur auf legal zu arbeiten.** Und das was bei wachsender Steuer- und Abgabenlast immer mehr zunimmt, ist folglich systemimmanent bedingt: nämlich Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft.

Deshalb sind Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie Sozialkürzungen nur vorgetragene Programme zur weiteren sozialen Destabilisierung des Landes und, wenn es so weitergeht, bis hin zur Einführung der Anarchie als offizielle Staatsform (Bananenrepublik). Die **Kleptokratie** fördert

Steuerhinterziehung als Nationaldisziplin und den **Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse: allein im Jahr 2005 wurden monatlich offiziell bis zu 25.000 deutsche produktive Arbeitsplätze vernichtet, das sind über 800 pro Tag**; ein Teil davon wurde hoch subventioniert mit dt. Steuergeldern unwiederbringlich ins Ausland verlagert! Glauben Sie allen ernstes, dass diese verschwundenen produktiven Arbeitsplätze auf absehbare Zeit wieder *regulär* (= steuer- und sozialversicherungspflichtig) zurückkommen werden? Wohl kaum.

Summa summarum kommt der gesunde Menschenverstand zu dem Schluss, dass die Arbeitslosenzahlen Ausdruck politisch motivierter Propaganda mit schlechten Hintergrundinformationen sind. **Die offiziellen Arbeitsmarktdaten sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind.** Bei der monatlichen Veröffentlichung werden die Grundlagen, auf denen die Zahlen beruhen, selten mit in die Öffentlichkeit getragen: die vielen Umstellungen / Umbasierungen, die unterschiedlichen Erfassungszeiträume und so weiter und so fort. Die Zahlen spiegeln nicht einmal mehr die allgemeine Tendenz wider.

Da wir davon ausgehen dürfen, dass vergleichbares in vielen offiziellen Statistiken geschieht, sagt uns das nur, dass alles noch viel schlimmer steht als es so schon offensichtlich ist.

Nein, noch immer keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt? Noch immer ein zu geringes Wirtschaftswachstum, wie uns politische Pappnasen einreden wollen? Eine **Konjunkturerholung**, die sich von Monat zu Monat mehr und mehr als das entpuppt, was sie schon immer war: **eine liquiditätsgetriebene Seifenblase, der gesamtwirtschaftlich nachhaltig jegliche realwirtschaftliche Substanz fehlt.** Hochgebuchte deutsche Exportüberschüsse kommen nur zum geringsten Teil der deutschen Bevölkerung zugute. Das zeigen die massiven Einschnitte in das Bildungs- und Sozialsystem ganz deutlich. **Realitätsverweigerung auf allen Ebenen.** Ab und zu fragt man sich, was das soll und ob das nicht langsam in das Bewusstsein der Masse der Bevölkerung und der Anleger dringt. Alles Quatsch, die bestellten Umfrageergebnisse, die Analystenschätzungen, die leichtlippen Versprechungen der Populisten, die zahlreich leeren Worthülsen imperialer Notenbanker? ...

c) Notenbankchefs und andere Spitzenpolitiker – die Inflationsverstärker

Wir wissen zwar, dass man an den Börsen nicht allem Glauben schenken soll, was Medien, Analysten, Notenbanker, Nachrichtendienste so alles verbreiten. Jedoch ist es immer wieder erstaunlich, wie wenig kritische Antworten diese auf ihre Äußerungen finden. Mr. Greenspan zum Beispiel, Federal Reserve (FED) Chef bis Januar 2006, auch "bubble-Greenspan" oder "Spekulationsblasen-Greenspan" genannt, täuschte legal die amerikanische Öffentlichkeit in Bezug auf die wirkliche Situation und die wirtschaftlichen Aussichten. Ein Phänomen, das es so noch nicht gegeben hat: die riesige Verschuldung. Seine Reden erweckten den Eindruck meisterhafter Kulti- viertheit, aber die Realität sah fundamental anders aus (Berichtsstand Ende 2004):

- ❖ die Gelddruckmaschinen der USA brachten pro Woche 3 Mrd. US\$ in Umlauf,
- ❖ die Kosten des Irak-Abenteuers beliefen sich auf 1 Mrd. US\$ pro Woche,
- ❖ das Staatsdefizit der USA vergrößerte sich **pro Woche** um 10 Mrd. US\$ und
- ❖ das US-Handelsbilanzdefizit weitete sich jede Woche um 10 Mrd. US\$ aus.
- ❖ Das waren 24 Mrd. US\$ an roten Zahlen in nur einer einzigen Woche und das Jahr hatte 52 davon.
- ❖ Die Staatsschulden wachsen rasant (exponential) - nicht nur in den USA. Für das Fiskaljahr 2004 rechnete das Haushaltsbüro des Kongresses mit einem Fehlbetrag von 477 Milliarden USD: "Bis 2014 werde das Defizit auf kumuliert 1.900 Mrd. \$ klettern" (FTD 27.01.04).

Statistik ist die mathematische Form der Lüge.

Auch wenn Politiker der Öffentlichkeit regelmäßig das Gegenteil weismachen wollen – die Wahrheit ist dennoch offensichtlich: Nicht nur die US-Administration hat die Kontrolle über den Staatshaushalt verloren. **Allein in den Jahren 2000-2004 wurden über die privatwirtschaftlich organisierte US-Notenbank, dem Federal Reserve System (FED) mehr ungedeckte Dollarnoten ausgegeben als jemals zuvor in der über 200jährigen (!) Geschichte der USA.** Der Staat benötigt in immer kürzeren Zyklen immer größere Mengen ungedecktes Papiergeld (**fiat-money**) und muss immer mehr Schuldgeld (Staatsanleihen) zur Finanzierung der Haushaltsdefizite aufnehmen. Die expansive Ausgabenpolitik wird munter fortgesetzt (Zinseszinsystem). Die FED hat inzwischen vor der umlaufenden Geldmenge und vor der Kreditschöpfung kapituliert. Der Greenspan-Push dürfte wohl bald zu Ende gehen. Seit 23.03.2006 werden die Zahlen zur umlaufenden Geldmenge M3 durch die FED nicht mehr veröffentlicht. Und trotzdem kauft fast die ganze Welt weiterhin ungedeckte US-Staatsanleihen (Schuldgeld) im Wert von mehreren Milliarden Dollar, wöchentlich. Der US-Dollar ist eine finanzielle Zeitbombe, die immer hastiger tickt. Eine närrische Welt in der wir da leben ...

Durchblick ist alles, denn ohne Durchblick ist alles nichts

Jetzt könnten Sie sagen: Was geht mich das an, ich besitze doch keine Anleihen und werde auch nie welche kaufen? Trotzdem besitzt indirekt jeder von uns Staatsanleihen und nimmt an deren Entwicklung teil, auch an der US-amerikanischen (US-\$ = weltweite Leitwährung). Ein großer Teil Ihrer Altersvorsorge, Ihrer Lebensversicherungs- und privaten Rentenversicherungspolizen sind in *Papier*, in *Anleihen* investiert. Nur um die Tragweite der Katastrophe zu verdeutlichen: Wenn einmal Anleihen, die ja in der veröffentlichten Meinung nach wie vor als sicher gelten, dramatisch an Wert verlieren, was meinen Sie, was passiert erst monetär mit den volatileren, wohlstandsabhängigen Aktien oder Fonds? Abstürzende Anleihepreise führten in der Vergangenheit immer wiederkehrend zu einem Fall der Aktienkurse. Alles eben nur eine Frage der Zeit.

Auch diese Tatsache gehört zum volkswirtschaftlichen Einmaleins: **Je mehr ungedecktes (Papier-) Geld in Umlauf ist, desto weniger ist jedes einzelne Stück Papier (-geld) wert (Kaufkraft)!** Was denken Sie, wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass die US-Regierung nachhaltig ihren öffentlichen Haushalt ausgleicht und sofort damit aufhört, die Welt mit ungedecktem Papiergeld voll zu pumpen und die Inflation wie durch ein Wunder plötzlich gestoppt wird und der US-Dollar **dauerhaft** steigt? Na eben! GLEICH NULL.

Das große Schweigen - Rätsel

Wer es macht, der sagt es nicht.
Wer es nimmt, der weiß es nicht.
Wer es weiß, der nimmt es nicht.
Und wer es hat, der will es nicht.

Die Lösung des Rätsels: gemeint ist "Falschgeld".

Weitblick über den Tag hinaus

Stellen Sie sich einmal vor, Sie seien Mitglied der OPEC (Organisation Erdöl exportierender Länder). Ihnen ist klar, dass die US-Regierung alles daran setzt, den Dollar schwach zu halten, wegen der billigen Rohölimporte in die USA. Sie wissen auch, dass der Dollar bis auf weiteres nicht nur gegen den Euro, sondern auch gegen das britische Pfund immer neue Tiefstände markiert. Und Sie wissen auch, dass die US-Dollar, die Sie für Ihr Öl erhalten, von Tag zu Tag weniger wert sind. Denn jedes Mal, wenn der Dollar einen einprozentigen Wertverlust erleidet, bekommen Sie auch ein Prozent weniger Kaufkraft für Ihr Öl. Jetzt frage ich Sie: Was würden Sie als gewissenhafter Vertreter ihres Landes in einer solchen Lage tun? Ganz klar: Sie würden Rohstoffe kaufen (China zum Beispiel) oder andere aber würden die Öl-Fördermengen drosseln – wurde auch so im Februar 2004 (OPEC-Kartell) vereinbart – um den Ölpreis nominal temporär anzukurbeln.

Bereits heute erreichen die Preise für viele Rohstoffe Rekordhöhen, einschließlich der Preise für Industriemetalle, natürliche Ressourcen und Nahrungsmittel. Ein Ende ist bislang nicht in Sicht. Und natürlich werden alle Unternehmen, die Rohstoffe fördern, verarbeiten oder vertreiben, zu den Gewinnern zählen und alle die, die Rohstoffe direkt oder indirekt zum Beispiel über Versorgungsgüter (den aus Uran gewonnenen Atomstrom) benötigen, folglich die Zeche dafür durch höhere Bezugspreise bezahlen, allen voran der arglose Verbraucher, egal ob dieser in Europa, Amerika oder sonst wo auf diesem Planeten lebt, es sei denn, er ist unabhängig. Aber wer oder gar welche Nation ist auf lange Sicht gesehen schon wirklich unabhängig?

Es gab einmal eine Zeit, als die Gläubiger des amerikanischen Staates die amerikanischen Sparer waren. Ein Vierteljahrhundert später hat sich alles verändert. Eine neue Generation von Einfallspinseln ist herangewachsen, das kollektive Gedächtnis ist um negative Erinnerungen bereinigt worden. Selbst damals waren Defizite nicht egal; aber sie waren nicht ganz so wichtig, denn die Regierung konnte ihre eigenen Bürger noch leichter ausnehmen. Dazu musste sie nur ein bisschen die Inflation anfachen ... was den Wert der Ersparnisse und der Anleihen, die Kaufkraft derselben deutlich fallen ließ. Die Sparer hätten es besser wissen sollen. Aber als die eigene Bevölkerung mit dem Sparen irgendwann aufhörte, da musste sich die US-Regierung an das Ausland wenden. Die normalen Anleger in Japan und Deutschland sind wahrscheinlich auch nicht klüger als der durchschnittliche amerikanische Anleger, aber sie sind mobiler, zumindest ihre Zentralbanken. Die können ihr Geld schnell aus dem US-Dollar abziehen und in andere Währungen tauschen. Wenn die Anleger entscheiden, dass es reicht, wenn sie aufhören, dem US-Staat Geld zu leihen und ihre US-Papiere verkaufen, dann wird der Zeitpunkt erreicht sein, an dem Defizite nicht mehr egal sind. Und dann wird die US-Wirtschaft in eine lange, dunkle Nacht der Rezession fallen. Die Amerikaner sollten Kerzen kaufen.

4 von 10 Leuten haben keine Ahnung von **Statistik**. Das sind fast 75%.

Intelligente Tricks - von der US-Administration lernen

Unter **Präsident Clintons Regierung** wurde zwecks Wiederwahl legal die Arbeitslosenstatistik frisiert. Die Jobmaschine lief offiziell auf Hochtouren. Auf Erfassungsbögen wurde gefragt, ob jemand Arbeit suche und sich um einen Arbeitsplatz bemühe. Wer „ja“ ankreuzte, flog aus der Arbeitslosenstatistik, er galt nicht mehr als arbeitslos. Die Zahl der „frustrierten Arbeitslosen“, die sich nicht mehr für einen Arbeitsplatz bewerben, wird auf bis zu 5 Mio. Menschen geschätzt. Und dem Hauseigentümer, der beispielsweise in seinen eigenen vier Wänden wohnt und

Präsident Bushs Regierung lässt die Defizitquote schön rechnen, Clintons Regierung trickste bei der Arbeitslosen- und Einkommensstatistik.

keine Miete zahlt, wird in der US-Einkommensstatistik ein fiktives Miet Einkommen zugerechnet; dieses soll sich nach Expertenmeinungen volkswirtschaftlich betrachtet auf mehrere 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr belaufen.

Da die **Bush-Regierung** zur Finanzierung des größten US-Haushaltsdefizits aller Zeiten weiter steigende Zinsen oder einen Konjunkturerinbruch nicht gebrauchen kann, erhält sie seit Februar 2006 kräftige Unterstützung vom neuen Vorsitzenden der US-Notenbank FED, Bernard Shalom Bernanke (kurz: Helikopter Ben). Die FED ist ein Zusammenschluss von 12 Privatbanken, die das Geld der USA, vertreten durch den jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden (Chairman of the Federal Reserve Bank) herausgibt. Künftig soll die US-Geldpolitik auf einen Index mit einer Kernrate (core rate) von komfortablen 2% pro Jahr hinauslaufen. Die **Kernrate (ex-food,**

Bernanke, seit 2006 amtierender Chef der FED sagte schon am 22.11.2002, also vor seiner Amtszeit: "Die US-Regierung hat eine Technologie, Gelddruckmaschine genannt, die es erlaubt, so viele Dollars zu drucken, wie sie will."

ex-energy) hat mit Inflation nicht mehr viel zu tun, denn aus dieser wird der Preisanstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise (Heizöl, Sprit und Häuser) einschließlich der Mieten willkürlich herausgerechnet. Güter also, die die Kaufentscheidungen aber auch die Inflationserwartungen der privaten Haushalte sehr wohl beeinflussen. Dadurch ergibt sich ein „entspannteres Preisbild“, da es – offizieller Ton – „nicht Aufgabe der Geldpolitik sei, exogene Preisschocks zu verhindern“. Die Entwicklung der Verbraucherpreise kann dann mit Hilfe der Kernrate vorhergesagt werden, wenn ein Ölpreisanstieg nur von kurzfristiger Dauer ist. Das war aber in den vergangenen Jahren nicht der Fall. Das Konzept der Kernrate taugt langfristig nichts! **„Ein großartiger Inflationsindex für alle Menschen, die nicht essen, nicht Auto fahren und unter Brücken schlafen“**, witzelte Alan Abelson von der renommierten US-Finanzzeitung „Barron's magazine“. Wahnsinn mit Methode. Überspitzt formuliert: praktisch keine Inflation nirgends, US-Inflation überraschend verstorben, kein Lohndruck, Zinsängste an den Märkten wie weggewischt – the show must go on – durch „Psychologie“ zu steigenden Börsenkursen???

Anleger sollten sich auf die kreative Buchführung einstellen. Viele US-Wirtschaftsstatistiken sind massiv in beschönigender Weise – politisch korrekt – verfälscht und grotesk. Zudem werden sie häufig und systematisch auch Monate später noch in eine offiziell willkommenere Richtung korrigiert. An den Finanzmärkten – speziell an der Wall Street in den USA – zählen Stimmungen, nicht Fakten! Es kommt darauf an, wie Stimmungsveränderungen bei Verbrauchern erzielt werden. Vielen offiziellen Wirtschaftsstatistiken sollten Sie mit einer gehörigen Portion Misstrauen entgegen treten und weltweit noch mehr Schulden erwarten, weil diese im Fiat-Money-System sowieso nicht mehr zurückgezahlt werden können bzw. *sollen(?)*.

Fundstück "Hedonik": statistische Preisbereinigung - ganz legal

Die **hedonische Methode** der **Qualitätsbereinigung** in Preis- und Wachstumsstatistiken wird vor allem dann eingesetzt, wenn Preisvergleiche zwischen *heterogenen* Gütern gefragt sind. Diese Methode eignet sich für technische Güter, die einem raschen Fortschritt unterliegen und nicht über einen längeren Zeitraum mit identischer Qualität beobachtet werden können, wie beispielsweise Computer, Autos oder Immobilien. **Laut Statistischem Bundesamt** "können die Preise eines Gutes aus zwei Perioden ... miteinander verglichen werden, wenn die Qualität des Gutes konstant bleibt. Ist dies nicht gegeben - zum Beispiel aufgrund des technischen Fortschritts ... wird ... eine Qualitätsbereinigung vorgenommen". Soweit die offiziellen Angaben. Jedoch kann man dies auch anders sehen.

Tricksen, tarnen und täuschen was das Zeug hält! Den legalen Schwindel mit der "Qualitätsanpassung", den "hedonischen Faktor" sollten Sie sich gut merken. Hier zeigt sich besonders, wie amtlich auf dem Papier geschönte Statistiken enorme Auswirkungen auf unser Leben haben können. Zu welchen erstaunlichen Ergebnissen die beson-

dere **Qualitätsbereinigung** in der Praxis führen kann ... sehen Sie selbst:

a) Statistische Schönfärberei in den US-amerikanischen Konjunktur- und Wirtschaftsdaten

Die ganze Welt bewundert seit Jahren die US-amerikanischen Wirtschaftsdaten. Die offizielle Statistik weist dort ständig hohes Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig niedrigen Inflationsraten aus. Deshalb stellen politische Einfaltspinsel uns das **amerikanische Wirtschaftswunder seit Jahren** gerne als Vorbild für Europa dar. Bei näherer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Statistiker in den USA mit der **hedonischen Qualitätsbereinigung** bei den Wirtschaftsdaten etwas nachhelfen. Qualitätsverbesserungen ausgewählter Güter - reale oder auch angebliche - werden statistisch nach der "hedonischen Methode" automatisch als Preissenkungen gewertet und bedeuten begünstigend eine niedrigere US-amerikanische Inflationsrate und, isoliert betrachtet, ein stärkeres US-Wirtschaftswachstum.

Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes v. 11.07.02:

In den USA werden hedonische Methoden ... in der Preisstatistik seit längerer Zeit eingesetzt. Das führte dort zu einem geringeren Anstieg der Preisindizes und einer höheren Zuwachsrate des realen Wirtschaftswachstums.

Hedonik in den USA (Auszug) seit:

1939: Autopreise	1991: Bekleidung	1998: Personalcomputer
1985: EDV-Anlagen	1993: Mehrfamilienhäuser	1999: Fernseher, Waschmaschinen
1987: Mieten	1997: digitale Telefon-Großanlagen	usw.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2002

Schillernde Seifenblasen - Fakten statt Ideologie

Wie groß beispielsweise der "Wachstumseffekt" der hedonischen Preismessung bei EDV-Gütern im Auftrag der US-Regierung tatsächlich ist, das lässt sich leicht abschätzen: Angenommen, die Prozessorgeschwindigkeit der PCs hätte sich durch technischen Fortschritt von 1.000 MHz auf 1.300 MHz erhöht (Qualitätsverbesserung = 30 %), während die Verkaufspreise gleich geblieben wären. In der US-Verbraucherpreis-Statistik würden dann die Preise für Computer unter Berücksichtigung der Qualitätsverbesserung um 30% fallen. Um dem ganzen die Spitze aufzusetzen, werden gleichzeitig die Produktivitätszahlen von Computern umgekehrt und diese um einen Wert, der 30% über den realen Zahlen liegt, erhöht.

Außerdem werden die Software-Einkäufe der Industrie bei der Berechnung des US-Bruttonominalprodukts nicht mehr als Vorleistungen, sondern als Investitionsausgaben gebucht. Anders als Vorleistungen werden Investitionen als Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt gezählt. Damit erhöht sich nominal auf dem Papier das von den US-amerikanischen Statistikern errechnete Wirtschaftswachstum quasi zweimal.

Chat-Mitschnitt vom 2.05.2002, 19:00 Uhr mit Markus Koch (Börsenberichterstatter für n-tv):

"... (**Analystenschreck**) Inwiefern sind denn die Inflations- und Konjunkturzahlen überhaupt aussagekräftig? Man liest und hört immer wieder, dass diese Zahlen exzessiv manipuliert sind. Stichwort z.B. "**hedonic price indexing**".

(**DerBörsenKoch**) „Wenn ein Baum im Wald fällt und niemand ist da um es zu hören, gibt es dann ein Geräusch? Nein! Wenn eine Wirtschaftszahl falsch berechnet ist und niemand weiß, dass sie falsch berechnet sind, richten sie dann einen Schaden an?“
(<http://www.maxblue.de/io/community/events/5693.html>)

In ihrem **Monatsbericht August 2000**, Seite 8 hat sich die **Deutsche Bundesbank** mit der hedonischen Berechnungsmethode auseinandergesetzt: "... So wird in den USA im Rahmen ... von Preisindizes für EDV-Güter ... schon seit längerem ein ... **hedonischer Ansatz** verwendet ... Dabei zeigt sich, dass Computer und Peripheriegeräte nach der US-Statistik von 1991 bis 1999 *qualitätsbereinigt* um vier Fünftel [= 80%] billiger geworden sind, während die Preise der deutschen Preisstatistik zufolge "nur" um ein Fünftel [= 20%] gesunken sind."

Die Bundesbank hat "hedonisch" nachgerechnet. Flugs waren "... die **mit dem US-Deflator preisbereinigten** EDV-Investitionen in Deutschland ... 1998 mit ... 64 Mrd. DM **mehr als doppelt so hoch wie** die realen Investitionen **nach der amtlichen Statistik**; im Jahr 1999 betrug der Abstand sogar ... 170%".

Experten gehen davon aus, dass etwa ein Drittel (!) des von der amtlichen US-amerikanischen Statistik belegten Wirtschaftswachstums auf derartigen Manipulationen beruht. Die Zeitschrift Neue Solidarität Nr. 37/2000 sprach vom amerikanischen "**Wohlstand durch Buchführung** ... Die amerikanischen Wirtschaftszahlen sind auf krasseste Weise frisiert. Die statistischen Manipulationen sind so haarsträubend ... dass man jeden Buchhalter eines Unternehmens, der in ähnlicher Weise verführe, ins Gefängnis stecken würde". Die durch den hedonischen Ansatz in der US-Statistik ausgewiesenen Dollar-Milliarden existierten in Wirklichkeit nicht und stünden daher weder für den Konsum noch für Investitionen zur Verfügung.

Auch Dr. Kurt Richebächer (über 85jährig), ehemaliger Generalbevollmächtigter und Chefvolkswirt der Dresdner Bank AG äußerte sich sehr kritisch in einem [Interview am 29.04.2004](#) zur Verwendung hedonischer Methoden in US-amerikanischen Preis- und Wachstumsstatistiken:

"Während die tatsächlichen Computerverkäufe von 1997 bis 2000 lediglich von 79,6 Mrd. auf 109,3 Mrd. US \$ zulegten, stiegen sie nach hedonischer Bereinigung von 102 Mrd. auf mehr als 290 Mrd. US \$. Es macht ... überhaupt keinen Sinn ... auf diese Weise Phantomwachstum zu erzeugen. Das ist absoluter Blödsinn ... Die ganze BIP-Statistik ist gewaltig gefälscht. Die Produktion, Computer und Software werden künstlich aufgebläht. Das tatsächliche Wachstum liegt eher bei 2% als bei 4%. **Im Ganzen werden alle Zahlen in Amerika frisiert.** ... Eine so kranke ... Volkswirtschaft - wie die amerikanische - hat es noch nie in der industriellen Geschichte gegeben. **Amerika steht vor dem Bankrott, mit allen Auswirkungen des Zusammenbruchs des amerikanischen Finanzsystems** - die Leute haben das nicht ansatzweise verstanden."

Wenn Sie dann sehen, dass es zwischenzeitlich selbst in der offiziell, hedonisch bereinigten Statistik der USA deutliche Anzeichen gibt, dass das vorherrschende Wachstum auf tönernen Füßen steht, ist es klar, warum immer mehr Leute trotz "Wirtschaftswunder" ihren persönlichen Bankrott wegen Überschuldung erklären. Das Wachstum steht und fällt mit den traditionell hohen Konsumausgaben privater Haushalte (70 % des amerikanischen Bruttoinlandsproduktes). Und die Verschuldung, die diesen Konsum trägt, ist enorm.

Rätsel

Wer sie verfälscht, der sagt es nicht.
Wer sie liest, der weiß es nicht.
Wer sie kennt, der will sie nicht.
Wer sie kauft, der versteht sie nicht.
Die Lösung des Rätsel: "Statistiken"

b) Anwendung der hedonischen Preismessung im Statistisches Bundesamt und in der EU

Die Öffentlichkeit ist häufig blind, weil Regierungen und Zentralbank sowie andere entsprechende Stellen im In- und Ausland in vielen Monats-, Quartals- und Jahresberichten systematisch legitim tricksen.

Verwendung hedonischer Methoden in EU-Ländern (Auszug):

EDV-Anlagen:	Frankreich, Schweden, Dänemark	Bücher:	Frankreich, Belgien	Haushaltsgeräte:	Frankreich
Mieten:	Finnland	Personalcomputer:	Deutschland	usw.	
Bekleidung:	Frankreich, Schweden	Mieten:	Finnland		

Quelle: Statistisches Bundesamt 2002

Seit Juni 2002 wird die hedonische Methode auch für die laufende Berechnung der Preisentwicklung von Personalcomputern beim Statistischen Bundesamt eingesetzt. Seit Mai 2003 fließt der hedonisch berechnete Gebrauchtwagenindex in den Verbraucherpreisindex ein. Weitere Proben:

Frau Meier will ihrer Nachbarin zeigen, wie toll ihr Sohn schon rechnen kann: "Fritz, was ist drei mal vier?" - "Zehn." - "Sehen Sie, nur um eins verrechnet!"

Einführung der Hedonik in Deutschland	Projektstand "hedonischer Index"
Grundsatzstudie (Verwendung von Scannerdaten der GfK)	seit 1990
Symposium in Wiesbaden und Forschungsauftrag an ZEW	2001
Konferenz in Mannheim	April 2002
Verbraucherpreise für Personalcomputer	implementierter Index seit 6/2002
Verbraucherpreise für Neuwagen	Evaluation in 1/2003 abgeschlossen. Kein Einsatz hedonischer Methoden, da keine systematischen Abweichungen festgestellt wurden
Verbraucherpreise für Gebrauchtwagen	implementiert seit 5/2003
Erzeuger-, Import- und Exportpreise für EDV-Investitionsgüter	in Bearbeitung 1/2003-4/2004
Verbraucherpreise für elektrische Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik (weiße und braune Ware)	in Bearbeitung seit 4/2004
Verbraucherpreise für selbstgenutztes Wohneigentum	in Bearbeitung
Verbraucherpreisindex für Waschmaschinen und Fernseher	implementiert 01/2005

Quelle: u. a. Verlautbarung des Statistischen Bundesamts vom 20.10.2003 zur hedonische Preismessung bei Gebrauchtwagen usw.

Da kommt ja was auf uns zu. Zumindest wissen wir, was wir von den offiziellen Statistiken auch in Deutschland zu halten haben. Und welcher Narr denkt noch immer, dass jeder Euro nur EINMAL ausgegeben werden kann? Weit gefehlt! **Diese hedonischen EUROS gibt kein Mensch aus, nimmt kein Mensch ein und sieht auch keiner. Sie sind realwirtschaftlich grober Unfug. Also, immer schön wachsam bleiben!**

Verschleierung der Medienmacht - schlechte Unterhaltung

Die Realitätsverzerrung durch Statistiken wird nur noch überboten durch die Realitätsferne der Freien als auch der Öffentlich-rechtlichen Medien. Die Presse ist staatstragend und zum größten Teil gleichgeschaltet. Medienkartelle verhindern, dass die Bürger erfahren, wo es bereits überall gärt. Die sog. „Freien“ Medien sind zu Statisten professioneller Werbeträger verkommen und fühlen sich den finanziellen Interessen ihrer jeweiligen Eigentümer verpflichtet. Geknebelte, öffentlich-rechtliche Medien wie ARD, ZDF und Dritte Programme unserer dt. Staatsorgane werden seit Jahrzehnten von Verwaltungsräten in Abhängigkeit von Auftraggebern (Parteimitgliedern, Lobbyisten) mit finanziellen und politischen Interessen dominiert (Lobbykratie). Der Staat verbreitet über *unkritische* Massenmedien ohne Unterlass Siegesmeldungen. Selten wird hartnäckig nachgefragt. Von unabhängiger politischer Berichterstattung oder unabhängiger Hintergrundaufklärung der Systempresse kann meist wirklich nicht mehr die Rede sein (Tittytainment).

Viel leeres Gerede – überreichlich Hochmut und viel zu viel Selbstherrlichkeit

Die mächtigen Interessenverbände üben ihren Einfluss indirekt über willfährige Politiker aus,

Da sagt die Regierung, wir sollen unsere Ansprüche senken ... Was bitte haben wir denn getan, indem wir sie gewählt haben? - Mathias Richling, Kabarettist.

kaufen sich aber auch, falls notwendig, ihnen zweckdienliche Medien. Vieles wird **ungeprüft** weiterverbreitet, und die besten Sprücheklopfer (Populisten) bringen oft die fettesten Schlagzeilen. Nicht nur die politische Kaste hat längst alle moralischen Hemmungen abgeworfen und eine dreiste Selbstbedienungsmentalität entwickelt, die ihresgleichen nicht nur bei den Diäten, dem Spesenersatz usw. sucht. Wer noch etwas zum Besseren reformieren will, muss an die Wurzeln der Machtssysteme, der Systempresse bzw. der Finanzmacht, es bleibt

wohl kein anderer Ausweg.

Übrigens: Anfang Mai 2004 hat die SPD über ihre Medienholding, die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG), 90% der Geschäftsanteile der finanziell angeschlagenen "Frankfurter Rundschau" übernommen, seit 2006 hält sie noch 40% des Kapitals. Über die DDVG hält die SPD Anteile an 14 Verlagshäusern. Darüber hinaus ist die Holding an 4 Druckereien beteiligt (Reuters 7.05.04). Ein Schelm wer glaubt, es gäbe keine politische Einflussnahme.

Jede Kraft, die das Kartell der Kassierer in Frage stellt wird ausgegrenzt, diskreditiert, manchmal kriminalisiert und wenn nichts anderes mehr hilft, konsequent totgeschwiegen, und zwar sprichwörtlich mausetot. Und offiziell berichtet wird nur, was opportun ist. Tabus werden in vorauseilemdem Gehorsam respektiert. Eine Zensur findet offiziell nicht statt, so steht es zumindest im Grundgesetz. Die Auswahl der Nachrichten ist mit die vornehmste Aufgabe der Chefredakteure. Von vielen Nachrichten ist oftmals nur eine einzige verbreitenswert. Der Schulterchluss vieler Redaktionen mit dem allgefälligen Polit- und Lobbyistenkartell ist perfekt (Gesinnungsjournalismus), vergleichbar nur mit der früheren Hofberichterstattung (journalistisches Opium für das Volk).

Kaum etwas wird hinterfragt, meist schreibt einer dem anderen hinterher (Agenturmeldungen) oder lässt sich beispielsweise von einem deutschlandweit tätigen zentralen Büro in Berlin mit verharmlosenden Kommentaren beliefern. Infotainment soweit das Auge reicht: Dumm-Quatsch-Sendungen, Spiele- und Ratesendungen bis zum Abwinken. Pluralität, Meinungsvielfalt? Fehlanzeige - es darf gelacht werden, selbst bei den meisten regionalen Kommentaren. Da besitzt beispielsweise die Deutsche Presseagentur (dpa) seit langem das inländische Nachrichtenmonopol für die meisten Printmedien, CNN wiederum für die Fernsehinterviews / -nachrichten - weltweit und so weiter und so fort.

Und wo bleibt die Zivilcourage des Volkes, die **verantwortlichen Treuhänder des Volksvermögens heute** insgesamt zu zwingen, die Wahrheit zu sagen und die Verantwortlichen eindeutig offen zu legen und endlich mit den zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln **sparsam** hauszuhalten? Vergessen Sie bitte nie: gewisse Herrschaften werden genauso wie deren Vorgänger nicht mehr greifbar sein, wenn es um Ihre hohen Steuer-, Abgaben- und Gebühreuzahlungen oder Ihre Monopolprämien an Versorgungswerke der nächsten Jahre geht. Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit, Prinzipientreue, Sparsamkeit und Kompetenz (!), das sind klare Vorstellungen, wie Politiker oder Politikerinnen sein sollten.

Noch aber haben wir in der Regel das Nachsehen, wenn wir Verantwortliche wegen Veruntreuung öffentlichen Vermögens oder der Verschleierung von Tatsachen zivilrechtlich und dort wo angezeigt - auch strafrechtlich - in ein Haftungskorsett zwingen wollen (bislang fehlender Amtsankläger). Im Kern geht es doch darum, dass Deutschland seit mehreren Jahrzehnten über seine

Verhältnisse lebt! Was soll man noch von Parteien, was von verantwortlichen Politikern halten, die trotz der astronomischen Gesamtverschuldung deutscher öffentlicher Haushalte mit 11-12 (!) Nullen die wahre wirtschaftlich desolate Lage mehrheitlich krampfhaft verschweigen, und auf der anderen Seite den Anscheinsbeweis der Normalität über politisch korrekt erstellte Statistiken zu erwecken versuchen, während sie reihenweise Versprechungen brechen und flatterhaft nach immer neuen Steuer- und Abgabenquellen suchen, wohl wissend, dass sich damit der seit langem stetige wirtschaftliche Niedergang Deutschlands angesichts des bevorstehenden Staatsbankrotts nur noch verschärfen (höhere Fallhöhe) wird? Im Deutschen Bundestag sitzen bestenfalls ein Dutzend Abgeordnete, die wirklich etwas von Wirtschaft, vom *Wirtschaften* im engeren Sinne, also vom effizienten Umgang mit knappen öffentlichen Mitteln verstehen. Ein überbordender bürokratischer Apparat lenkt seit Jahrzehnten seinen Staat ohne klare ordnungspolitische - am **Gemeinwohl** orientierte - Ziele!

Bonmot aus den guten alten Bonner Zeiten: "Wer den Weitblick von Politikern bezweifelt, der unterschätzt ihre Altersbezüge!" Generelle Regel: Eigennutz geht vor Gemeinnutz / Gemeinwohl.

Die **Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU/SPD beschlossen** am Freitag, den 2.06.2006 - während der Austragung der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland - im **heimlichen Eilverfahren** (so dass es von der Öffentlichkeit kaum bemerkt wurde) im **Haushaltsausschuss die Erhöhung der Pauschalen und Zuschüsse aus der Staatskasse für eigene Zwecke**: Die **Pauschale für die Beschäftigung von Mitarbeitern** in den Büros der 614 Bundestagsabgeordneten wurde zum 1. 10.2006 von 10.660 Euro im Monat um 3.000 Euro erhöht. Ein **Zuschlag** von **nahezu 30%**. Das Geld wird den Abgeordneten gegen Nachweis für die Beschäftigung persönlicher Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Die **Zuschüsse für die Bundestagsfraktionen** wurden **um ca. 10% erhöht**. Jede Fraktion erhält einen monatlichen Grundbetrag von knapp 300.000 Euro - Oppositionsfraktionen einen Zuschlag von 15%. Dazu kommen noch ca. 6.000 Euro pro Abgeordneter.

Unter der Oberfläche brodeln es gewaltig im Volk. Die Anhänger der wachsenden Partei der Nichtwähler weiß längst, was Wahlversprechen wert sind - nämlich nichts. Es ist inzwischen mehr als überlieferte Parteien- und Politikerverdrossenheit. Es wird höchste Zeit (akuter Handlungsdruck), dass auch **alle Verantwortlichen**, die vorsätzlich die wahre wirtschaftliche Lage verschweigen (nichtssagende, verantwortungslose Plaudereien in Festreden und Medien, fehlende Zivilcourage) und damit das Volk weiter schädigen, konsequent für ihre Lügen, für ihr Tun, Dulden oder Unterlassen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies muss alle Bereiche des öffentlichen Lebens erfassen - ohne Ansehen von Person, Amt und Würde.

**„Es ist unfair, Regierungsparteien an ihren Wahlversprechen zu messen.“
(Franz Müntefering (SPD), Vizekanzler, September 2006)**

Das Aufstellen von Kandidatenlisten für die Volksvertretungen ist das primäre Machtinstrument des Politkartells CDU/CSU/FDP/SPD/GRÜNE. Die Kandidatenauswahl und Platzierung auf sicheren Listenplätzen für höhere und höchste Ämter bleibt dem Wähler und dem einfachen Parteimitglied verborgen. Die Parteien ernennen damit faktisch, fast ohne Ausnahmen:

- die höhere Beamtenschaft,
- höhere Angestellte des öffentlichen Dienstes,
- Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen,
- Bürgermeister, Landräte und Kreisdirektoren,
- Vorstände von Sozialversicherungen,
- Vorstände und Aufsichtsräte von Kreis-, Stadt- und Gemeindeunternehmen,
- Vorstände von Sparkassen und Landesbanken,
- Führungspersonal der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten usw.

Die Aussichten als freier Kandidat gewählt zu werden, tendieren praktisch gegen Null, denn freie Kandidaten haben im allgemeinen keine Herolde in den Medien. Dazu Hans Apel, jahrzehntlang Abgeordneter des Dt. Bundestages: "Kein Bürger unserer Republik hat ... eine realistische Chance, außerhalb der Parteien ein Parlamentsmandat zu erringen ... Die Wähler haben bei den auf der Landesliste der Parteien platzierten Kandidaten keinen Einfluss auf die Auswahl. ... [diese] findet ... durch kleine Gruppen statt... So werden immerhin 50 % aller Bundestagsmandate vergeben."

Eine Chance zur Veränderung – umdenken ist angesagt

Aber vor uns liegt auch eine Chance, wenn Teile unserer Generation wieder zu Verstand kommen und erkennen, dass die Parteien mit dem heutigen Führungspersonal wohl nichts taugen. Es gibt ehrenwerte Leute in diesen Parteien, gewiss, auch auf der Führungsebene, aber als organisierte Institutionen sind sie zu angepasst, gleich dumm und (wirtschaftlich) inkompetent, die gestellten Herausforderungen und Aufgaben erfolgreich zu lösen. Und die Leute, die uns das eingebrockt haben, sind vermutlich nicht in der Lage, uns da wieder herauszubringen. Das Hauptaugenmerk unserer Politiker lag auf Regelungen wie der des Dosenpfandes. Selbst bei der für diese Herrschaften wichtig erscheinenden Autobahnmaut gab es wenig Kompetenz. Wenn die Parteien *in ihrem gegenwärtigen verkrusteten Zustand* die Zukunft gestalten, dann kommt man zu dem Schluss, dass dieses Land nicht zu retten ist: viele Sprücheklopfer, reichlich Beutelschneider, begleitet von scharenweise nichtssagenden amtlichen Statistiken, aber kaum neue produktive Jobs. Bewegte Zeiten, die da auf uns alle zukommen ...

Aber wir können auch einiges zum Positiven bewegen, wenn die Menschen wieder ihren gesunden Menschenverstand gebrauchen und zur Vernunft kommen, wenn sie selber nachdenken und nicht einfach alles nachplappern, wenn sie eine "Erleuchtung" haben. **Sollten auch wir Kerzen kaufen?** Vielleicht werden viele eine Erleuchtung haben, wenn sie erkennen, dass alles ungedeckte Papiergeld (Staats-Schuldgeld) und womöglich vieles, wofür sie jemals gearbeitet und gekämpft haben, ohne weiteres vor der wirtschaftlichen Zerstörung steht. Vielleicht werden sie bereit sein, ihr Verhalten zu ändern, wenn sie feststellen, dass es Werte gibt, die einem wichtiger sind als alte überkommene Gewohnheiten.

Und was lernen wir daraus:

Und wenn Sie nicht gestorben sind, so tricksen Sie noch heute.

Nur der Ehrliche, der naiv Gutgläubige ist der Dumme!

Es ist das System – wir sind das System.

Haftungsausschluss (Disclaimer)

Alle Angaben und Zahlen sind sorgfältig recherchiert, erfolgen jedoch ohne Gewähr. Die dargestellten Einschätzungen, Meinungen und Prognosen geben die subjektive Beurteilung zum Zeitpunkt der Erstellung wieder und sind rechtlich unverbindlich. Eine Änderung ist jederzeit und ohne Vorankündigung, auch ohne weitere Unterrichtung möglich. Eine Haftung für eventuelle Schäden, die sich aus dem Gebrauch der angebotenen Informationen ergeben, wird nicht übernommen. Die Informationen sind lediglich von allgemeiner Natur und stellen keine Beratung dar. Sie basieren auf öffentlich zugänglichen Quellen, deren Vollständigkeit und Genauigkeit wir nicht garantieren können. Sämtliche Inhalte dürfen nur mit Quellenangabe verwendet werden. Die Verwendung über den privaten Rahmen hinaus ist nur nach vorheriger schriftlicher Rücksprache gestattet. Das Copyright liegt bei www.besema.de.

Zum Autor: Dipl.-Betriebswirt (FH) und Bankkaufmann Dieter Ehrmann ist Geschäftsführer der BESEMA GmbH und unabhängiger Unternehmensberater. Als Praktiker mit langjähriger Banktätigkeit in der Firmenbetreuung ist er seit 1994 in der Managementberatung spezialisiert auf Finanzen, Rechnungswesen, Controlling, Businesspläne und Strategieberatung. Er beschäftigt sich seit drei Jahrzehnten intensiv mit Fragen der Vermögensbildung und -sicherung. Er kann erreicht werden unter d.ehrmann@besema.de oder unter d.ehrmann@uberatung-dieter-ehrmann.de.